

## **Aspekte der Tibet – Frage : Quadratur des Kreises ?**

Im Folgenden wird die These vertreten und illustriert, dass es im Konflikt zwischen den Interessen der Tibeter und denen der Volksrepublik China nicht nur keine schnelle Lösung geben kann, sondern unter bestehenden Rahmenbedingungen wahrscheinlich überhaupt keine. Darüber hinaus werden wir versuchen anzudeuten, dass das Tibetproblem nicht nur eine regionalpolitische Bedeutung hat, sondern auch eine weltpolitische insofern, als das Selbstverständnis der zukünftigen globalen Supermacht China wie auch ihrer Stabilität, von der Auseinandersetzung mit der Tibetfrage geprägt wird.

Worum geht es eigentlich?

Soweit es die Tibeter betrifft, wollen diese vor allem ihre Assimilierung durch das Chinesische System verhindern. Dabei gibt es 2 Spielarten: Zum einen gibt es die Politik des so genannten „Mittelweges“, wie sie vom Dalai Lama und der überwiegenden Mehrheit der Angehörigen des so genannten Tibetischen Exilparlamentes in Dharamsala vertreten wird. Diese Politik strebt eine so genannte „Genuine Autonomie“ der Tibetischen Siedlungsgebiete innerhalb Chinas an. Zum anderen gibt es eine Strömung, für die vor allem der Tibetische Jugendkongress (TYC) steht und die nur in der Abtrennung der Tibetischen Gebiete von China und einer Tibetischen Eigenstaatlichkeit eine Möglichkeit sieht, die Tibetische Identität zu bewahren.

In diesem Zusammenhang einige Anmerkungen:

Unabhängig davon, welche der beiden Lösungsmodelle, „genuine Autonomie“ oder Eigenstaatlichkeit vertreten wird, beide Richtungen wollen sich nicht mit dem Gebiet der heutigen so genannten Tibetischen Autonomen Region (TAR) zufrieden geben, sondern wollen ihr Modell auf das so genannte „Historische Tibet“ (Cholka Sum), mit den historischen Tibetischen Provinzen U-Tsan, Cham und Amdo ausgedehnt sehen. Diese Vorstellung ist für die Chinesische Seite absolut unannehmbar, da dies bedeuten würde, dass an die „TAR“ angrenzende Provinzen erhebliche territoriale Einbußen erleiden würden. Die Ablehnung der Chinesen lebt aber auch noch ganz wesentlich von anderen Befindlichkeiten. China ist gerade dabei, über gigantische Infrastrukturprojekte die unterentwickelten westchinesischen Regionen zu integrieren und sie zu unverzichtbaren Komponenten eines auch in Zukunft als unverzichtbar gehaltenen hohen Wirtschaftswachstums zu machen: Je größer der innere Chinesische Markt ist, umso weniger wird die Chinesische Volkswirtschaft von den langfristig gegebenen Unwägbarkeiten globaler Marktchancen abhängig sein. Ein Tibet der „Genuinen Autonomie“, geschweige denn, einer Abtrennung der Chinesischen Gebiete des Historischen Tibet vom Chinesischen Weststaat würde nicht nur bedeuten, dass dieser ca. ein Drittel seiner Fläche verlieren würde, sondern dies würde auch der Politik des Chinesischen „Go West“ einen kaum überwindbaren Riegel entgegen setzen. Letztendlich liegt das Problem

darin, dass Tibeter und Chinesen sich in der Tibetfrage nicht wirklich verständigen können, weil die zugrunde liegenden Wertevorstellungen weit auseinander liegen. Während für die Tibeter die Wahrung ihrer kulturellen und sozialen Eigenständigkeit Priorität besitzt, sind es bei den Chinesen die Ziele von Modernisierung und Wachstum, weil ohne die erfolgreiche Verfolgung dieser Ziele das Chinesische System in gefährliche Instabilität abrutschen könnte. So gesehen fahren die Tibeter in Chinesischen Augen einen Kurs, der indirekt eine weit reichende Destabilisierung Chinas zur Folge haben könnte.

Daneben gibt es aber auch noch konkrete Interessenskonflikte, vor allem wirtschaftlicher Natur. In dem „Memorandum On Genuine Autonomy For The Tibetan People“, Dharamsala 2009, wird zum Beispiel im Artikel 6 darauf hingewiesen, dass „Genuine Autonomie“ auch die Verfügungsgewalt über alle natürlichen Ressourcen beinhalten müsste. Sollte das im Rahmen einer zukünftigen Autonomieregelung verwirklicht werden, würde das bedeuten, dass die Chinesische Wirtschaftsplanung die Nutzung der in den Tibetischen Gebieten befindlichen umfangreichen Bodenschätze (u. a. Gold, Öl und erhebliche Uranlagerstätten) mit einbeziehen könnte. Da die Chinesische Politik der infrastrukturellen Anhebung der unterentwickelten Westgebiete u. a. darauf beruht, dass ein erheblicher Zustrom von Han-Chinesen in diese Gebiete erfolgen muss, wäre das in Artikel 10 des genannten Memorandums geforderte Kontrolle des Influx von Nicht-Tibetern in Tibetische Gebiete gleichbedeutend mit einer erheblichen Infragestellung der Chinesischen „Go-West“ Politik.

Die vielleicht wichtigste Komponente des Chinesischen Interesses an Kontrolle und größtmöglicher Anbindung der Tibetischen Gebiete hat damit zu tun, dass Hunderte von Millionen Menschen, die in Südasien leben, von Wasser abhängig sind, das seinen Ursprung in den Tibetischen Gebieten hat. Nicht nur Ströme wie u. a. der Brahmaputra, Ganges und Mekong entspringen auf dem Dach der Welt, sondern auch innerchinesische „Schlagadern“, wie der Jangtse und der Gelbe Fluss. Die Kontrolle über das Quellgebiet dieser Lebensadern sichert China einen strategischen Vorteil, der es den abhängigen Ländern schwierig machen dürfte, auf Konfrontationskurs zum Reich der Mitte zu gehen. Die außerordentliche Vorsicht, mit der sich Indien mit Blick auf die Tibetproblematik bemüht, den Zorn der Chinesen nicht auf sich zu ziehen, hat sicherlich auch damit zu tun, dass die Chinesen in der Wasserfrage langfristig an einem sehr langen Hebel sitzen. (Vergleiche dazu Alain Lamballe, „La Chine au centre des enjeux hydrauliques asiatiques“, in: Géopolitique 107, Oct. 2009)

Wie weit die Indische Vorsicht in diesem Zusammenhang geht, wird auch deutlich, wenn man den Sitz der so genannten Tibetischen Exilregierung in Dharamsala besucht. Ein noch abgelegenerer, noch mehr auf „low profile“ angelegter Regierungssitz ist schwerlich vorstellbar. Trotzdem ist vorstellbar, dass von diesem abgelegenen Winkel Schwierigkeiten für China ausgehen

könnten, die ein nicht zu unterschätzendes Destabilisierungspotential beinhalten: Um die gesamtgesellschaftliche Stabilität und damit auch die Legitimation der herrschenden kommunistischen Partei nicht in Frage zu stellen, ist China auf lange Zeit auf ein außerordentlich hohes Wirtschaftswachstum angewiesen. Dieses Wirtschaftswachstum könnte durch äußere und innere Faktoren in Frage gestellt werden. Gelänge es den Exiltibetern und den mit ihnen kooperierenden Unterstützergruppen die Tibetfrage in einem Maß zu einer unabweisbaren Menschenrechtsfrage zu machen, etwa vergleichbar der einstigen gegen das Südafrikanische Apartheidssystem gerichteten Protestwelle, dann wäre auch vorstellbar, dass es zu internationalen Wirtschaftssanktionen kommt, die den Export als wichtigen Wachstumsfaktor der Chinesischen Wirtschaft empfindlich stören könnten.

Die Tibetfrage könnte aber auch mit Blick auf die innere Situation Chinas eine Katalysatorfunktion für den Aufwuchs einer gewichtigen innerchinesischen Oppositionsbewegung einnehmen. Dass Chinesische Experten beispielsweise häufig die Gefährlichkeit der Exiltibeter und ihrer Organisationen in einem Atemzug mit der Falun Gong Sekte nennen, kann als Ausdruck des Besorgnis interpretiert werden, dass krisenhafte Vorgänge in den Tibetischen Gebieten Chinas durchaus das Potential haben könnten, als Initialzündung für eine innerchinesische oppositionelle Massenbewegung zu wirken.

Wie geht es weiter?

Derzeit deutet alles darauf hin, dass die Chinesischen Behörden die Sicherheitslage in den Tibetischen Gebieten im Griff haben, dass die Hanisierung dieser Gebiete ungebrochen fortschreitet (der Anteil der Tibeter in Lhasa dürfte inzwischen bei unter 20% der Bevölkerung liegen) und dass niemand außerhalb Chinas, jedenfalls nicht soweit es die Regierungsebenen betrifft, es riskieren möchte, die Chinesische wirtschaftliche Supermacht im Werden gegen sich aufzubringen. Auch in den Aussagen Tibetischer Exilpolitiker ist eine Resignation zu spüren, die aus dem Wissen darum kommt, dass die Hebel über die sie verfügen, viel kürzer sind, als die der Chinesen. Man geht wahrscheinlich nicht fehl in der Annahme, dass die Chinesen das Tibetische Destabilisierungspotential für gefährlicher halten als das seitens der Tibeter selbst der Fall ist. Aber wie schon oben angedeutet, mag die Furcht der Chinesen vor dem Destabilisierungspotential der Tibetproblematik nicht ganz unrealistisch sein: In einer zukünftigen Phase einer sich verlangsamenden Chinesischen Wirtschaftsentwicklung könnte die Tibetproblematik der Tropfen sein, der das Fass der innerchinesischen Destabilisierungspotentiale zum Überfließen bringt. Das aber hätte insofern eine welthistorische Bedeutung, als dann das Modell einer zukünftigen multipolaren Welt ohne die Chinesische Komponente neu entwickelt werden müsste.

*Dr.Klara Knapp, Prof.Dr.Klaus Lange, Institut für Transnationale Studien (ITS)*

(eine Kurzfassung des Artikels wurde in der Neuen Züricher Zeitung vom 17.3.2010 veröffentlicht)